

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 17.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratenannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 29. April 1910.

Insertionspreis für die viersp. Pettzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionsschluss ist Dienstag Mittag.

11. Jahrg.

An die christlich-nationalen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Ein Riesenkampf ist im Baugewerbe entbrannt. In allen Teilen Deutschlands sind Tausende von Bauarbeitern ausgesperrt.

Es soll ein Entscheidungskampf ausgetragen werden, auf den die Scharfmacher unter den deutschen Bauunternehmern seit Jahren hingearbeitet haben. Sie geben zwar an, Tarifverträge zu wollen, erstreben aber nur solche, die den einseitigen Interessen der Unternehmer entsprechend ausgestaltet werden sollen. Den Bauarbeiterorganisationen soll nicht nur jedweder Einfluß auf die Lohnform (ob Lohn- oder Akkordarbeit) und auf die Gestaltung der Akkordpreise entzogen werden, sondern man mutet ihnen selbst bei guter Konjunktur die Bewegungsfreiheit vollständig unterbunden, der Unternehmerwillkür dagegen bei schlechtem Geschäftsgang Tür und Tor geöffnet werden. Gegen Tarifverträge solchen Inhaltes bleibt den Arbeitern nur die schärfste Abwehr übrig.

Der Kampf im Baugewerbe ist für die gesamte Arbeiterschaft von der größten Bedeutung. Trotzdem die Bauunternehmer mit ihren einseitigen Forderungen gegenüber den Arbeitern im Unrecht sind — in der Tagespresse wird dies, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, übereinstimmend zum Ausdruck gebracht — erkannte nicht nur der Verein der deutschen Arbeitgeberverbände das Vorgehen der Bauunternehmer als berechtigt an, sondern es soll auch die deutsche und besonders die rheinisch-westfälische Großindustrie den Bauunternehmern weitgehende Unterstützung in Aussicht gestellt haben. Ferner arbeiten die Scharfmacher des Baugewerbes mit den verwerflichsten Mitteln, um die bisher vermischte Einigkeit im Unternehmerlager herzustellen: durch die Materialsperrung sollen diejenigen Unternehmer, die sich zum offensichtlichsten Unrecht nicht herbeiließen, zur Schließung ihrer Betriebe gezwungen werden. Ein bekanntes Unternehmerorgan meinte endlich:

22 000 Arbeitgeber könnten es länger aushalten, wie 300 000 Arbeiter.

Kollegen und Kolleginnen! Soll die Arbeiterschaft der übrigen Berufe diesen bedeutsamen Vorgängen teilnahmslos zusehen? Nein! Das hieße die Tragweite des Kampfes vollständig verkennen! Es entsteht vielmehr für die gesamte christlich-nationale Arbeiterschaft die Verpflichtung, die christlichen Bauarbeiter in dem ihren aufbelebenden Kampfe nach Kräften zu unterstützen! Der Kampf wird sich über viele Monate hinziehen, wenn nicht im Unternehmerlager die rechtlich und vernünftig Denkenden über die Scharfmacher die Oberhand gewinnen. Wir haben uns also auf einen langen Kampf vorzubereiten.

Kollegen und Kolleginnen. In zahlreichen Fällen habt Ihr Euer Solidaritätsgefühl glänzend bekundet. Die noch in Arbeit stehenden christlichen Bauarbeiter sind Euch mit gutem Beispiel vorangegangen. Sie führen während der ganzen Dauer des Kampfes täglich bis zu 1 Mk. an die Streikkasse ab zur Unterstützung ihrer ausgesperrten Kameraden. Auch die Kollegen der übrigen Berufe werden, davon sind wir überzeugt, nach Kräften zur Durchführung dieses gewaltigen Kampfes beizutreten. Die Pläne des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und seiner Hintermänner müssen auch im Interesse der übrigen Arbeiterschaft eine entschiedene Zurückweisung erfahren.

Noch die Solidarität der christlich-nationalen Arbeiter!

Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

NB. Die Sammellisten werden gleichzeitig mit Veröffentlichung des Aufrufes versandt. Alle Geldsendungen sind zu richten an das Generalsekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften (A. Stegerwald), Cöln, Palmstraße 14.

Ist der Sozialismus die Wirtschaftsform der Zukunft?

Ueber dieses Thema sprach unlängst in einer politischen Versammlung zu Köln, Kollege Stegerwald. Kurz streifte der Redner die früheren Wirtschaftssysteme. Der mittelalterlichen Zunftordnung sei der Polizeistaat gefolgt. Dieser sei durch das liberale Wirtschaftssystem abgelöst worden, das gegenüber der staatlichen Bevormundung vollste Freiheit für alle verlangt habe. Auf die Gewerbefreiheit, die man proklamiert und durchgeführt, habe man die größten Hoffnungen gesetzt, da man glaubte, daß dieselbe zur größtmöglichen Entfaltung der individuellen und gewerblichen Kräfte führen werde. Das sei allerdings auch der Fall gewesen, und darin bestehe das wesentliche Verdienst der liberalen Wirtschaftsordnung. Demgegenüber seien aber auch schwere Schäden in die Erscheinung getreten. Da sei zunächst das Übergewicht des wirtschaftlich Stärkeren über den Schwächeren, das dem ersteren ungleiche Vorrechte bringe, dem anderen aber unerträgliche Knechtschaft auferlege. Hinzu kommen die Schwankungen des Wirtschaftslebens mit ihren schlimmen Begleiterscheinungen, den Krisen. Insbesondere die Arbeiterschaft habe unter dieser liberalen Wirtschaftsordnung sehr zu leiden gehabt durch Lohnrückgang, lange Arbeitszeit, äußerste Ausnutzung ihrer Arbeitskraft, mangelnden Schutz vor Leben und Gesundheit, Arbeitslosigkeit usw. So habe steigendem Reichtum auf der einen Seite zunehmende Verelendung auf der anderen Seite entgegengestanden.

Diese Verhältnisse wolle nun der Sozialismus beseitigen dadurch, daß er an Stelle der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die sozialistische setze, welche darin bestehe, daß die ganze Produktion für und durch die Gesellschaft, die Allgemeinheit geregelt werde. Einer Zentralkasse soll diese Regelung nicht nur für ein Land, sondern für alle Länder, also international, übertragen werden. Der Begründer dieser Theorie sei Karl Marx.

Da frage es sich nun, ob eine solche Wirtschaftsordnung möglich sei? Die Marx'sche Theorie sei aufgebaut auf den wirtschaftlichen Verhältnissen der sechziger und siebziger Jahre, in der Hauptache sogar auf den englischen. Die dortige Arbeiterschaft habe damals allerdings unter schlimmen Verhältnissen gelitten. Seitdem habe aber das ganze Wirtschaftsleben

eine Entwicklung genommen, die Marx nicht vorausgesehen und mit der er nicht gerechnet habe. Marx habe eine Reihe von Theorien aufgestellt, die sich längst als vollständig unhaltbar herausgestellt hätten.

Zunächst die Konzentrationstheorie, Marx sei davon ausgegangen, daß die Betriebe sich immer mehr zu Großbetrieben entwickelten und so den Kleinbetrieb völlig beseitigten. In der Landwirtschaft sei diese Entwicklung nicht eingetroffen. Hier habe sich der Kleinbetrieb als lebensfähig und leistungsfähiger noch als der Großbetrieb erwiesen. Die Kleinbetriebe hätten nicht ab-, sondern zugenommen. Brentano weise nach, daß bei landwirtschaftlichem Kleinbetrieb noch etwa zehn Millionen Menschen mehr ernährt werden könnten, weil derselbe rationeller bewirtschaftet werden könne. Ähnlich habe sich der Sozialdemokrat Dr. David ausgesprochen. Aber auch im Gewerbe zeige sich diese Tendenz. Auch hier seien die Kleinbetriebe nicht geringer geworden.

Dann bedeute aber auch eine Betriebs- bzw. Kapitalkonzentration nicht auch gleichzeitig eine Kapitalanhäufung in immer weniger Händen, wie Marx angenommen habe. Das beste Beispiel hierfür lieferten die Aktiengesellschaften, die amerikanischen Trusts und gar die deutsche Rastindustrie. Bei Beratung des diese betreffenden Gesetzentwurfs habe sich herausgestellt, daß weiteste Volkskreise bis zu den einfachsten Arbeitern, sogar Dienstmädchen, im Besitze von Rastaktien seien.

Ebenso sei auch die Verelendungstheorie zusammengebrochen. Marx habe die Ansicht vertreten, die Arbeitgeber hätten alles Interesse an möglichst niedrigen Löhnen, sowie daran, die Wirtschaftskrisen möglichst scharf werden zu lassen. So müsse die Arbeiterschaft in zunehmendem Maße verelenden. Daß das nicht eingetroffen sei, habe kürzlich das Korrespondenzblatt der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften gegenüber Kantky bewiesen. Da heiße es, Marx habe angenommen, die Arbeiter ließen sich alles ruhig gefallen; er habe nicht mit der Organisation der Arbeiter gerechnet. Aber die Erfolge der gewerkschaftlichen Organisationen hätten die Verelendungstheorie zunichte gemacht.

Nicht besser sei es der sozialistischen Krisentheorie ergangen. Die Krisen nähmen nicht, wie es dort heiße, immer schärfere Formen an, sondern verliefen im Gegenteil wesentlich milder.

Wie schwer eine allgemeine Verstaatlichung der Betriebe durchzuführen sei, habe

vor einiger Zeit Bernstein in einem in Amsterdam gehaltenen Vortrag dargelegt, wobei er insbesondere auf die Firma Krupp hingewiesen habe.

Aber noch eine Reihe weiterer Schwierigkeiten erheben sich gegen die sozialistische Wirtschaftsordnung. Es erhebe sich da die Frage, wo denn die Zentralkasse hinkomme, die die Regelung der Produktion vorzunehmen habe. Die sozialistische Wirtschaftsordnung lasse sich nur international verwirklichen, aber die Verhältnisse in den einzelnen Ländern seien zu verschieden. In Amerika kenne man den Sozialismus kaum; in England lehnten die Arbeiter den Klassenkampf, diesen Grundpfeiler der sozialistischen Theorie, ab.

Die Durchführung des sozialistischen Wirtschaftssystems erfordere weiterhin einen einheitlichen Handelsstaat, der aber wohl später ebensowenig wie heute zu errichten möglich sei. Noch mehr aber werde seine Durchführung scheitern dadurch, daß jede persönliche Initiative unterbunden und so dem kulturellen Fortschritt ein starkes Hemmnis bereitet werde.

Die Frage, welche Aussichten sich für die sozialistische Wirtschaftsordnung ergeben, beantwortete Kollege Stegerwald dahin: Es ist zuerst zu untersuchen, wo wir heute stehen. Heute haben wir bereits ganz andere Verhältnisse wie zu Beginn der modernen Wirtschaftsentwicklung, wie sie Marx erlebt hat. Der damals herrschenden wirtschaftlichen Ungebundenheit sind starke Schranken gezogen worden, die vor allem in der staatlichen Arbeiterfürsorge zum Ausdruck kommen. Diese erstreckt sich sowohl auf das Gebiet des Arbeiterrechtes wie des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung. Auch das Arbeitsverhältnis hat eine Umgestaltung erfahren, insbesondere durch die Tarifverträge. Dazu kommen noch die Unterstützungen der Gewerkschaften für Notfälle, Arbeitslosenversicherung und Einrichtung von Notstandsarbeiten seitens der Gemeinden. So habe die Lage der Arbeiterschaft im Laufe der Zeit eine nicht unerhebliche Sicherung und Besserstellung erfahren.

Große Arbeitermassen seien heute allerdings auch in Staatsbetrieben; Post-, Eisenbahn-, Militär- und Marinewerkstätten, Bergwerken, in Forsten usw. beschäftigt. Zählte man dazu noch die in Gemeindebetrieben beschäftigten Personen, so ergebe sich schon eine nach Millionen beziffernde Zahl in im weitesten Sinne des Wortes sozialistischen Betrieben Beschäftigte. Auch die Genossenschaftsbetriebe könnten hierhin gerechnet

werden. Von der Ablösung der liberalen Kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch die sozialistische, wie sie Marx vorgeschwebt, könne wohl niemals die Rede sein. Die neuere Wirtschaftsentwicklung zeige aber, wie dargelegt, einen stark sozialistischen Einschlag und diese Entwicklung werde im Laufe der nächsten Jahrzehnte noch weitere Fortschritte machen. So würden wir langsam und voraussichtlich ohne Katastrophe in eine kombinierte Wirtschaftsordnung hineinwachsen, die weder als liberal noch als sozialistisch bezeichnet werden könne.

Vollksfeind Tuberkulose.

Die Tuberkulose ist auch heute noch die gefährlichste Volksseuche, die Jahr für Jahr unserer Bevölkerung schwere Opfer an Gut und Blut auferlegt. Von 100 Todesfällen fallen immer noch 10 zu Lasten der Krankheit. Diese Verhältniszahl würde erheblich höher sein, wenn nicht mit ihr im kindlichen Alter die große Säuglingssterblichkeit konkurrierte.

Unter den Sterbefällen des Alters von 15 bis 60 Jahren kommt sogar jeder dritte Sterbefall auf das Schuldkonto der Tuberkulose. Sie sucht sich ihre Opfer besonders im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 40 Jahren, also in der Zeit, in der Familie und Staat von dem Menschen das Meiste erwarten. Dazu ist volkswirtschaftlich von der schlimmsten Bedeutung die lange Dauer der Krankheit und des Sichts. Man kann wohl annehmen, daß sieben Jahre im Durchschnitt vergehen von der Zeit an, wo der Tuberkulose sich zum ersten Male wirklich krank fühlt.

Die Tuberkulose ist nicht erblich im eigentlichen Sinne, wie man früher vielfach annahm, sondern sie verbreitet sich in den meisten Fällen durch direkte Ansteckung. Nicht genug damit, daß der kranke Vater oder die kranke Mutter selbst dahin streben, sie strecken auch innerhalb der engen Wohnungen und bei dem nahen Verkehr der Familien ihre liebsten Angehörigen, zumal die Kinderwelt mit den verderblichen Keimen an. Diese Keime versprühen beim Husten und Sprechen innerhalb der Wohnräume oder werden auf dem Wege des Auswurfes und der Staubentwicklung dem Körper der Angehörigen zugeführt.

So sind die Gefahren und die Schädigungen, die unsere Volksgesundheit von diesem schlimmsten aller Volksfeinde zu erwarten hat, nur zu groß.

Aber nun kommt der Richtblick. Heute legen wir nicht mehr die Hände in den Schoß und trösten nur den Kranken und mildern den Verlauf der Krankheit. Heute wissen wir vielmehr, daß die Tuberkulose in ihren Anfängen heilbar und in ihrem weiteren Verlauf in energischer und dauerhafter Weise zur Besserung zu bringen ist. Es ist nicht zum geringsten Teil die Folge der großen Entdeckung Robert Kochs, der uns den Erreger der Krankheit in dem sogenannten Tuberkelbazillus im Jahre 1882 zeigen konnte. Es ist des weiteren die erfreuliche Folge des großartigen Aufschwunges, den die medizinischen Wissenschaften im Erkennen und Heilen der Krankheiten im Laufe der letzten Jahrzehnte genommen haben. Heute können wir durch eine probatorische Impfung schon frühzeitig, unter Umständen schon beim Säugling, erkennen, daß das tuberkulöse Gift in den Körper eingebracht ist. Diese Methode der Untersuchung hat uns den Beweis erbracht, daß tatsächlich schon in der frühesten Jugend die Tuberkulose auf dem Wege der Ansteckung in den Körper des Kindes sich einschleicht.

50-60 Prozent, ja 80-90 Prozent ganzer Gruppen von Säuglingen und älterer Kinder wurden in vielen Städten als bereits mit tuberkulösen Keimen infiziert festgestellt. Wohl gemerkt, bedeutet diese Feststellung nur, daß die Keime in den Körper eingebracht sind, nicht aber, daß diese dort auch krankhaft wirken müssen. Aber mit ihrem Eindringen ist doch ein wesentlicher Faktor für die mögliche Weiterentwicklung der Krankheit im späteren Jahren gegeben.

Wir müssen in unseren Fürsorgestellen für Tuberkulose die Gefahr der Ansteckung durch Herausnahme der Schwerkranken aus den Wohnungen, durch Behandlung der Leichtkranken, durch Belüftung und Barriere bezüglich des gegenseitigen Verkehrs möglichst herabzusetzen suchen.

Die systematische Arbeit der Fürsorgestellen, die sich auf die Mithilfe der Ärzte und besonderer im Hauptamt tätiger Fürsorgebeamten stützt, hat es nun im Verein mit dem ständigen Aufschwung der sozialen und kulturellen Verhältnisse zuzunehmen gebracht, daß trotz härtesten Zusammenstrebens der Volkswirtschaft in den großen Städten die Verluste an Tuberkulose gemalt herabgesetzt sind.

In Preußen starben in den Jahren 1871-1880 noch von 1000 Einwohnern 318 an Tuberkulose. Die Zahl sank in den Jahren 1881-1890 auf 201. Seit dieser Zeit ist aber ein konstantes und erhebliches Herabsinken der Tuberkulosesterblichkeit ersichtlich: nicht zu konstatieren brauchen. Die Sterblichkeitsziffer betrug 1891 205, im Jahre 1898 bereits nur 16 auf 1000 oder in absoluten Zahlen gesprochen: in Preußen starben im Jahre 1898 6320 Menschen an Tuberkulose, im Jahre 1898 dagegen 8180 Personen, trotzdem die Einwohnerzahl um viele Millionen in dieser Zeit zugenommen hat. Die Sterblichkeit ist demnach beinahe um die Hälfte gesunken und wir würden in Preußen, wenn wir die ursprüngliche Sterblichkeitsziffer des Jahres 1871 noch hätten, heute nicht 63000, sondern 123000 Menschen dieser Ursache opfern müssen.

Der Rückgang ist besonders in den höheren Altersklassen erfolgt, ebenso ist das weibliche Geschlecht, das

früher erheblich stärker von Tuberkulose betroffen war, von der Besserung mehr begünstigt, wie das männliche Geschlecht. Es bleibt aber auch heute noch bestehen, daß das weibliche Geschlecht im schulpflichtigen und gebärfähigen Alter mehr gefährdet ist als das männliche.

Während im allgemeinen die tuberkulose Sterblichkeit die städtische Bevölkerung mehr betrifft, als die ländliche — diese Differenz hat sich allerdings im Laufe der Jahre ständig vermindert —, gilt gerade für die weibliche Bevölkerung der Altersklassen von 15-35 noch die Erfahrung, daß sie in diesem Jahre auf dem Lande mehr gefährdet ist, wie in der Stadt.

Der Regierungsbezirk Köln stand im Jahre 1907, nach der Zahl der Opfer rangiert, an achter Stelle, während er in den beiden Jahren vorher noch die vierte bezw. sechste höchste Ziffer der Sterblichkeit erreichte. Eine Vergleichskurve über die Tuberkulosesterblichkeit in Preußen und in der Stadt Köln demonstriert in klarer Weise, daß Köln im Jahre 1891 noch erheblich über der Durchschnittstuberkuosesterblichkeit in Preußen stand. Diese Differenz ist aber zu Gunsten Kölns immer mehr eingeholt worden, so daß es im Jahre 1907 bereits mit 15,5 günstiger stand als der Staat auf 16,5 Todesfälle auf 1000 Einwohner.

Man muß aus allen diesen Zahlen die tröstliche Hoffnung nehmen, daß gerade die Tuberkulose kein angreifbarer, unbeflegbarer Feind ist. Es ist Altmeister Robert Koch selbst gewesen, der den kühnen Anspruch getan, man könne und müsse die Tuberkulose genau wie den Ausatz durch eine systematische Bekämpfung im Laufe der Jahre aus der Kulturwelt ausrotten. Das Diktum ist heute noch recht kühn, vor 20 Jahren aber hätte man es direkt als wahrwichtig erklärt.

Mit vorstehenden Gedanken eröffnete der ärztliche Beigeordnete der Stadt Köln, Herr Dr. Krautwig, eine von der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz geschaffene Wanderausstellung zur Tuberkulosebekämpfung in Köln. Die Ausstellung vermittelt durch Tabellen, bildliche Darstellungen, Modelle und Präparate genauere Kenntnisse über den Bau des menschlichen Körpers, Wesen und Art der Tuberkulose, die Einwirkung der verschiedenen Staubarten auf die Lunge, Verbreitung der Tuberkulose, das Heilstättenwesen, Balderholungsstätten und Fürsorgewesen, Säuglingsweien, Zahnplage und Nährwerte, Alkoholisismus, Wohnungsfürsorge und dergl. Derartige Schaulustigungen seitens der Versicherungsanstalten sind nur zu begrüßen, da in der Aufklärung über die Bekämpfung der Tuberkulose gar nicht genug getan werden kann.

Vom Kampf um die Rente.

Der Anspruch eines Führers des großen Wohlfahrts-Anschlusses, es möge doch Deutschland nicht zu einer Rentenanstalt gemacht werden, ist schnell in das Waffenarsenal aller jener aufgenommen worden, denen unsere Versicherungs-Gesetzgebung nicht nach dem Geschmack ist. In dem Sinne ist der Anspruch allerdings nicht zu werten bestimmt gewesen. Was tut's. Er bietet eine willkommene Ergänzung zu dem ebenso leichtfertigen, wie ungehörigen und beleidigenden Schnapsrenten-Geschrei. Und so fassen ihn eben alle jene an, denen er — in den Raum paßt.

Bei der Besprechung über die Privatbeamten-Versicherung hat auch die „Kreuzzeitung“ den betreffenden Anspruch aufgegriffen, um den folgenden Kommentar daran zu knüpfen:

Deutsch sein heißt versichert und versorgt sein. Die weit mehr es schon gekommen sein, wenn sogar einer der Führer des großen Wohlfahrts-Anschlusses bevor warnt, Deutschland zu einer Rentenanstalt zu machen. Der Deutsche von heute will nach allen Seiten hin versichert und versorgt sein. Am liebsten ist er Beamter. Der Beamte hat's gut. Er ist auf Lebenszeit angestellt, bekommt Pension, und wenn er das Zeitliche segnet, dann ist für seine Nachkommenchaft auch gesorgt. Dieses Beamten-Jagd spricht dem guten Deutschen überall vor. Er will nicht mehr kaufmännischer oder leiblicher Angestellter sein. Beamter will er sein in der großen Zahl, in der Zahl, in dem Handelsbause. Er sucht und sucht nach Selbstständigkeit. Er geht der Verantwortung aus dem Wege und will nicht mehr wagen. Natürlich gibt es auch noch Kaufmänner, aber der Grundzug der Entscheidung ist so, wie wir ihn mit den paar Worten geschildert haben. Diese Entscheidung ist aber gefährlich für unser Volk, denn wir geraten dadurch schon in jungen Jahren ins Pflaster.

Da kommt denn der Bericht unseres Zentralrechtschutzbekanntes Becker-Berlin („Zentralblatt“ Nr. 5/10.) gerade recht, um darzutun, wie eine denatig gehässige Verhöhnung anderer Versicherungsanstalten und die Bekämpfung auch der berechtigten Forderungen an die Versicherungs-Gesetzgebung ihren Einfluß auf die Demut leider immer noch ausübt. Becker erwidert die speziell in der Unfallversicherung immer ungünstiger werdende Rechtsprechung für die Verletzten und führt dazu weiter anderem aus:

Wenn das so weiter geht, dann haben die Hege gegen die kleinen Renten durch die Rechtsprechung bald das erreicht, was ihnen auf gesetzgeberischem Wege, trotz aller Anläufe, bisher nicht gelungen ist: Eine vollständige Beseitigung der kleinen Renten, „Schnapsrenten“, wie sie sich geschmackvoll ausdrücken ließen. In früheren Jahren wurden für Jungverletzte von dem Reichsversicherungsamt auch Renten von weniger als 10 Prozent zugesprochen. Seit einem Dezennium aber hat sich das Reichsversicherungsamt auf den Standpunkt gestellt, eine Erhöhung an Arbeitsfähigkeit auf dem allgemeinen Wirtschaftsgebiete sei nur noch dann zu entschließen, wenn sie mindestens 10 Prozent betrage. Ein geringerer Verlust an Arbeitsfähigkeit sei nicht abweisbar.

Wer ihnen dieser Standpunkt ist anzusehen, um so viel mehr ist es der in den letzten zwei Jahren in die Erscheinung

getretene, die 10prozentigen Renten möglichst zu entziehen. Wegen Gewöhnung an die Verhältnisse, wie es in der Regel heißt. Womit auch die Herabsetzung von Renten mehr wie früher begründet wird. Nicht selten sind unter den zogenen Renten von 10 Prozent solche, die für volle Fingerverluste gezahlt wurden. Wenn man darauf hinweist, daß viele Bezahler kleiner Unfallrenten denselben Lohn verdienen oder gar noch mehr wie vor dem Unfälle, so ist das doch noch kein Beweis für die Behauptung, der Verletzte sei nicht mehr geschädigt. Siehe man doch in Rücksicht, daß die Lohn in den letzten Jahren ganz allgemein erheblich gestiegen sind und somit auch die Löhne Unfallverletzter mit kleinen körperlichen Defekten. Wer will die große Möglichkeit abstreiten, daß der Bezahler einer kleinen Unfallrente ohne seine Unfallfolgen nicht noch mehr im Lohne gestiegen sein würde. Aber auch abgesehen davon: Wenn man will, daß der Bezahler einer kleinen Rente nicht im Vorteil gegenüber ungeschädigten Arbeitern sein und nur eine Rente bezogen werden soll, wenn ein wirklicher Einnahmefall durch den Unfall bewirkt ist, dann muß man konsequenter Weise in jenen Fällen, wo die Unfallrente keinen vollen Ersatz des Schadens in sich schließt, dieselbe auch so weit erhöhen, bis der Schaden voll gedeckt ist. Das geschieht aber nicht. Man bewilligt beispielsweise auch heute noch Renten von 10 Prozent der Volkrente. In solchen Fällen rechnet man den Verletzten also noch 15 Prozent Arbeitsfähigkeit zu. Nun doch wohl jeder davon überzeugt, daß ein Mann nur in den seltensten Fällen eine Beschäftigung findet, die seiner verbliebenen Arbeitsfähigkeit von 15 Prozent entspricht. Solche Arbeitslosigkeit gibt es ja sozusagen nicht. Niemand kümmert sich darum, ob solch ein Unfallverletzter seine verbliebene geringe Arbeitsfähigkeit von 15 Prozent überhaupt noch verwerten kann. Man sagt ihm einfach: Du erhältst eine abgestufte Rente entsprechend dem Grade der verlorenen Arbeitsfähigkeit in Rücksicht auf das allgemeine Wirtschaftsgebiet! Diese Inkonssequenz kann nicht bestehen bleiben. Man nur eine Rente gewähren bei einem effektiven Lohnfall, dann soll man andererseits aber auch den Schaden, den der Verletzte durch den Unfall erleidet, voll und ganz ersetzen.

Die jetzt herrschende Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes hat aber auch noch erhebliche moralische Nachteile. Vor dem Einsetzen des heftigen Geschreies industrieller und agrarischer Scharfmacher begründete es die Beibehaltung von Renten von 10 Prozent nicht zutreffend. Durch die nun augenfällig stattgefundenen Wandlung in seiner Anschauung betreffs der kleinen Renten nach Einsetzen des Schnapsrenten-Geschreies muß ja die Meinung bei den Versicherten kommen, nicht sachliche Argumente hätten die Wandlung des Reichsversicherungsamtes bewirkt, sondern der Druck der Scharfmacher aller Art. Wo aber, so fragt sich dann die gewöhnliche Sterbliche, bleibt dabei die Objektivität und Unabhängigkeit unserer Rechtsprechung? Das Vertrauen der Versicherten in die soziale Gerechtigkeit der Rechtsprechung hat durch manche unverständliche Urteile der Gerichte so sehr schon einen gewaltigen Stoß bekommen. Will man auch das Vertrauen in die soziale Gerechtigkeit schwinden lassen? Diese Frage möge man sich an maßgebenden Stellen einmal recht ernstlich vorstellen.

Die preussische Gewerbeinspektion im Jahre 1909.

Nach den Jahresberichten der Königlich Preussischen Regierungs- und Gewerbeämtern sowie Verwaltungsstellen für das Jahr 1909 boten die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in Industrie, Handel und Gewerbe in der Hälfte des Berichtsjahres fast das gleiche Bild wie im Vorjahre. Erst im Monat Juli traten Anzeichen einer Besserung der gedrückten Geschäftslage ein, und gegen Ende des Jahres war es unverkennbar, daß eine aufsteigende Wirtschaftsepoche begonnen hatte. Die bessere Gestaltung des Marktes zeigte sich in manchen Industriezweigen eine schwungvolle Bewegung, meist letzte langsam und zögernd ein. Eine Ausnahme bildete die Textilindustrie einzelner Gruppen der Textilindustrie und die Labakindustrie vor dem Inkrafttreten der neuen Steuergebot der naturgemäß ein Rückschlag folgte, so daß eine Verkürzung der Arbeitszeit, vorübergehende Schließung der Betriebe und Entlassung von Arbeitern notwendig wurden. Im allgemeinen aber haben sich die Besorgnisse, die man hinsichtlich der Lage der Arbeiter hegte, nicht in dem Maße erfüllt, wie man dies befürchtete. In fast allen Industriezweigen hat sich die Lage der Arbeiter durch vermehrte Arbeitsgelegenheit entschieden gebessert; die Höhe der Löhne aber blieb ziemlich unverändert.

Die Gesamtzahl der revisionspflichtigen Fabriken und der ihnen gleichgestellten Anlagen betrug im Berichtsjahre 1909 gegen 146369 im Jahre 1908; es hat mithin eine Zunahme um 3650 stattgefunden, während sich die Zahl der Betriebe in den beiden vorausgegangenen Jahren um 48 und 6630 erhöht hatte. Die geringe Vermehrung ist nicht der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse darauf zurückzuführen, daß dem Entstehen großer Anlagen des Einzelneinerer gegenübersteht. Die Gesamtzahl der Arbeiter betrug 3061430 gegen 3019197 in 1908 und 3069498 im Jahre 1907. Die Zahl der Arbeiterinnen, die im Jahre 1907 538310 auf 563100 gestiegen und 1908 auf 560309 gefallen war, hat sich im Berichtsjahre um 23639 erhöht, während die Zahl der männlichen Arbeiter, die sich im Jahre 1907 auf 2277642 und 1908 auf 2280381 belief, nur um 15462 gewachsen ist. Jugendliche Arbeiter von 14 bis 17 Jahren wurden im Jahre 1909 229219 (darunter 784 Mädchen) in Fabriken und gleichgestellten Anlagen beschäftigt, während die Zahl der gewerblich tätigen Kinder beider Geschlechter sich auf 2420 belief und um 640 gegen das Jahr 1907 gefallen ist, in dem eine Erhöhung um 714 stattgefunden hatte. In den 50211 gewerblichen Betrieben, die auf Grund der vom Bundesrat erlassenen Vorschriften

beaufsichtigen sind, betrug die Zahl der Arbeiter 116567 gegen 118448 im Vorjahre.

Die Revisionsstätigkeit der Gewerbeinspektoren hat sich gegen das Vorjahr infolge der die Arbeitszeit der Beamten in hohem Maße in Anspruch nehmenden Durchführung der polizeilichen Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Bäckereien und die Bekanntmachung betr. den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie stark verringert.

Bei der Durchführung des Kinderschutzgesetzes, dessen Bestimmungen sowohl den Eltern der Kinder als auch den Gewerbetreibenden noch immer nicht genügend bekannt sind, haben die von den Schulen aufgestellten Verzeichnisse der gewerblich beschäftigten Kinder auch im Berichtsjahre den Gewerbeinspektoren und Polizeibehörden wesentliche Dienste geleistet.

Die Zahl der Zuwiderhandlungen gegen die Gesetze und Verordnungen zum Schutze der Arbeiterinnen ist im Berichtsjahre von 3398 auf 2994 gesunken. Die meisten Zuwiderhandlungen wurden in den Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion und im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe, sowie in Siegeleien und Buchdruckereien festgesetzt.

Die zur Verhütung eines unverhältnismäßigen Schadens bewilligten Ausnahmen von den Vorschriften über Sonntagsruhe haben im Berichtsjahre sowohl hinsichtlich der Zahl der Betriebe, denen Sonntagsarbeit gestattet wurde (948 gegen 711 im Jahre 1908) als auch hinsichtlich der Zahl der bewilligten Arbeitsstunden und der an der Sonntagsbeschäftigung beteiligten Arbeiter (47946 gegen 40555) eine Steigerung erfahren.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen mahet wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 17. Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. bis 30. April fällig ist.

Einige Zahlstellen sind mit der Abrechnung für das I. Quartal noch im Rückstande. Wir bitten die betreffenden Kolonnenverwaltungen, die Abrechnung nunmehr sofort zu erledigen.

Wir erinnern daran, daß bis zum nächsten Mittwoch die Arbeitslosen- und Krankenmeldekarten für den Monat April eingeschickt werden müssen.

Die Zahlstelle Kaufbeuren erhält die Genehmigung, den Lokalbeitrag auf 10 Pfg. zu erhöhen.

Der dieswöchentlichen Zeitungsendung liegt für die Zahlstellenbibliotheken die Broschüre „Sozialdemokratischer Wahlzettel vor Gericht“ bei. Preis 15 Pfg. — Der Betrag hierfür wird bei der nächsten Abrechnung verrechnet. Nachbestellungen können bei der Geschäftsstelle des Verbandes gemacht werden.

Verloren gegangen ist das Mitgliedsbuch Nr. 48294 auf den Namen Julian Fuhrmann lautend. Das Buch ist für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Neck. Die Differenzen bei der Firma Melchersmann hervorgerufen durch Verschlechterungen im Akkordverhältnis, sind beseitigt. Nach mehrmaligen Verhandlungen der Lohnkommission sowie der Verbandsvertreter, erklärte sich die Firma zu annehmbaren Zugeständnissen, die zum Teil 10—15% betragen, bereit. Ebenso beabsichtigt die Firma, in nächster Zeit Hink- und Schleifmaschinen aufzustellen und dieselben Akkordpreise in Anrechnung zu bringen, wie bei der hiesigen

Konkurrenz. Damit erklärten sich die beide Teile einverstanden. Auch hier hat sich die Einigkeit der Kollegen glänzend bewährt; so soll es immer bleiben.

Berichte aus den Zahlstellen.

München. Die Zahlstelle beschloß in der letzten Versammlung, den anlässlich der großen Tarifbewegung provisorisch eingeführten Wochenbeitrag von 1,00 Mk. bestehen zu lassen.

Neuburg a. D. Nach dem allgemeinen Urteil der Fremden zählt unsere idyllisch gelegene Stadt an der blauen Donau zu den schönsten und interessantesten Bayerns. Ein Nachteil jedoch heftet sich für die Entwicklung der Stadt darin, daß sie abseits des Hauptverkehrs liegt und deshalb wenig Beachtung findet. Dementsprechend ist auch die wirtschaftliche Lage der Kollegen gegenüber anderen Orten bedeutend zurückgeblieben. Organisationsversuche wurden seit Jahren schon häufig unternommen, scheiterten aber stets an der Interessenslosigkeit eines Teiles der Kollegen. Das „patriarchalische“ Arbeitsverhältnis zwischen Meister und Geselle wurde also noch nie gestört und es bestehen hier zum Teil noch Zustände, wie sie sonst in anderen Städten vor vielen Jahren zu verzeichnen waren. Die Unhaltbarkeit solcher Lebenslage hat ein guter Teil der Kollegen eingesehen und sich deshalb unserem Verband angeschlossen. Um auch die übrigen Kollegen von der Notwendigkeit einer Organisation zu überzeugen, fand letzten Sonntag eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in der Kollege Schwarzer-München ein ausführliches Referat über die Lohnkämpfe der Holzarbeiter in Deutschland und ihre Anwendung für Neuburg hielt. Bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier am Orte machte der Referent folgende Feststellung: Beschäftigt sind 18 Kollegen in der Stadt selbst, deren Durchschnittsalter 29 Jahre beträgt. Die Kollegen sind durchschnittlich 7 1/2 Jahr an einer Stelle beschäftigt und haben einen Durchschnittsjahresverdienst von 980 Mark oder 31 1/2 Pfg. die Stunde. Die Arbeitszeit beträgt: ein Betrieb mit 2 Kollegen 11, 1 Betrieb mit 4 Kollegen 10 1/2, 2 Betriebe mit 10 Kollegen im Winter 10 und im Sommer 10 1/2 Stunden. Der Zuschlag für Überstunden beträgt in einer Werkstatt 10 Pfg., 2 Kollegen haben noch Kost und Logis beim Meister. Zeitweise wird kein Zuschlag bezahlt. Diese wenige Zahlen sollten sicherlich einem jeden Kollegen zu denken geben und ihn dahin führen, sich der Organisation anzuschließen. Die Ausführungen des Referenten fielen auf fruchtbaren Boden, denn 5 Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen. Leider fehlen immer noch die älteren Kollegen, ohne daß sie einen triftigen Grund zum Fernbleiben hätten. Wir hoffen fest, daß nun auch diese Kollegen den Weg zur Organisation finden und dazu beitragen, Neuburg unter die Reihe von Städten zu bringen, wo geregelte befriedigende Existenzbedingungen bestehen.

Neujörg. Von einem unerfreulichen Schlag sind hier unsere Kollegen betroffen worden. Die Firma R. Kempf, früher Kemps und Geiger, Mühldorf und Neujörg, ist in Konkurs geraten. Anzeichen für den nun eingetretenen Zusammenbruch waren schon längst zu beobachten. Was aus dem Geschäft, das nahezu 200 Personen beschäftigte, werden soll, steht noch nicht fest. Doch soll, wie verlautet, die Bildung einer Aktiengesellschaft geplant sein, die den bisherigen Betrieb im gleichen Umfang weiterführen will. Die Firma ist weit bekannt durch Anfertigung billiger gestrichener Fichtennöbel. Darin leistete Kempf hervorragendes und überauswennig damit den ganzen Markt. Nebenbei betrieb er noch Sägerei und Kistenfabrikation; auch wurden in großen Massen Vogelhäuser für Wald und Bäume angefertigt. Ferner erstreckte sich das Unternehmen noch auf eine ausgedehnte Obstbaum- und Forenzüchtereier. Die Obstbäume zählten nach Hunderttausenden, für die Forellen wurden die Flüsse und Bäche in der ganzen Umgebung gepachtet. Letztere zwei Unternehmungen sollen hauptsächlich den Zusammenbruch herbeigeführt haben. Den Organisationen der Arbeiter war die Firma früher nicht hold gesinnt. Es mußten mehrere erbitterte Kämpfe geführt werden. Dagegen zeigte sich in den letzten 5 Jahren Herr Kempf entgegenkommend und war jederzeit bereit, mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln. Eine Reihe Verbesserungen gelang es unserem Verbands auf gütlichem Wege zu erreichen. Nun soll eine andere Leitung an die Spitze des Betriebes, falls es so weit kommen sollte, haben die Kollegen alle Ursache, den Verband hochzuhalten, um für alle Fälle gerüstet zu sein.

Reiße. Unsere Zahlstelle hielt am vergangenen Sonnabend eine gut besuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende Kollege Gohl berichtete über die Besetzung der unteren Verwaltungsbehörde der Stadt Reiße und der Zusammensetzung des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Schlesien, welchen beiden Behörden derselbe als Vertreter der Arbeitnehmer angehört. Alsdann referierte derselbe in längerer Ausführungen über „Grundzüge für die Übernahme der Krankenfürsorge durch die Landesversicherungsanstalt Schlesien. Die Ausführungen fanden Beifall und führten zu lebhafter Diskussion. Alsdann gab der Vorsitzende bekannt, daß mit den ehemaligen Mitgliedern unserer Zahlstelle Verhandlungen zwecks Wiederaufnahme in den Verband geführt werden und ersuchte folgende Resolution anzunehmen: „Die heute anwesenden Mitglieder der Zahlstelle Reiße des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter nehmen Kenntnis von den Verhandlungen mit den ehemaligen Mitgliedern unserer Zahlstelle und wünschen, daß dieselben wieder in unsere Reihen eintreten möchten.“ Diese Resolution wurde nach lebhafter Diskussion einstimmig angenommen. Nach kurzer Hinweis auf die vorzunehmende Hausagitation und den weiteren Ausbau unserer Zahlstelle wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Steinfort (Waben). Wieder ist der Zentralverband christlicher Holzarbeiter in einem kleinen Landorte in der Nähe Heidebergs eingedrungen. Zwar sind es nur einige Kollegen, die am hiesigen Orte tätig sind, aber auch für diese ist es eine Notwendigkeit, daß sie organisiert sind. Denn mitunter sind es gerade die Kleinstmeister auf dem Lande, die bei größeren Lohnkämpfen Streikarbeit in die Städte liefern. Schon manche Lohnbewegung ist dieshalb zu Ungunsten der Kollegen ausgefallen. Und deshalb soll womöglich auch auf dem Lande der Organisationsgedanke ausgebreitet werden. Schreiber dieses trat im Spätjahr vorigen Jahres hier in Arbeit, hatte aber nicht Lust 11 Stunden zu arbeiten. So arbeitete dann in einer Werkstatt 2 Gesellen mit 2 Lehrlingen 11 Stunden und 1 Geselle 10 Stunden. Nach 3 Tagen schon ließ man alle nur 10 Stunden arbeiten. Also auch hier schon einen sofortigen Erfolg. Um weitere Agitationserfolge zu erzielen, müssen wir auch den in nächster Nähe liegenden Orten unser Augenmerk zu-

wenden, wie z. B. Eberbach a. N. und Eschelbrunn. In ersterem sind ungefähr noch 30 Kollegen indifferent. Hoffentlich werden auf dem kommenden 6. Verbandstage praktische Vorschläge und Winke zur Agitation gegeben werden, welche doch, da wir jetzt allmählich in eine bessere Konjunktur kommen, zu den wichtigsten Aufgaben der kommenden Zeit gehören werden. Auch wir Einzelmitglieder müssen uns ganz in den Dienst der christl. nationalen Arbeiterbewegung stellen zum Nutzen unseres Verbandes, zum Nutzen der ganzen christl. Gewerkschaftsbewegung.

Lapezierer und Sattler.

Düsseldorf. Immer mehr drängt sich dem denkenden Arbeiter die Gewissheit auf, daß uns nur aus dem innigen Zusammenhalten eine Besserung unserer Lage erwachsen kann. Die Arbeitgeber bilden ja schon längst starke Verbände, um ihre Interessen nach Möglichkeit wahrzunehmen. Diese Tatsachen veranlaßte eine Anzahl Kollegen, auch in der Großstadt Düsseldorf für die Gründung einer Sektion der christlichen Lapezierer Propaganda zu machen. Am vergangenen Mittwoch wurde nun die eigentliche Gründung vollzogen. Nach einem aufklärenden Vortrage des Kollegen Kr. J. W. S. L. Duisburg über die Organisation überhaupt und über die Frage: Warum schließen sich die christlichen Lapezierer und Sattler in Sektionen dem Zentralverband christl. Holzarbeiter Deutschlands an? woran eine ausgiebige Diskussion sich anschloß, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Alle Gewählten dankten für das in sie gesetzte Vertrauen und versprachen im Sinne des Referenten zu wirken am Ausbau der neugegründeten Sektion. Kollegen! Nun liegt es an uns, die Zeit auszunutzen und mitzumirken, die Interessen der Kollegen wahrzunehmen und zu sorgen, daß die Sektion auch gut zur Geltung kommt. Kollegen! Trete! darum dem Zentralverbande bei, der im Gegensatz zu den sogenannten „freien“, in Wirklichkeit sozialdem. Verbänden, eure religiöse und nationale Gefinnung achtet und entschieden eure Interessen vertritt. Aus diesem Grunde schon sind wir verpflichtet, die abseits stehenden Kollegen aufzuklären und für uns zu gewinnen. Steht in der Zukunft jeder christliche Lapezierer auf den Werkstätten seinen Mann, so sind wir in Düsseldorf der Erfolge ebenso sicher, wie sie in anderen Städten die Kollegen schon zu verzeichnen haben. Nun auf, an die Arbeit und organisiert. Die Versammlungen finden alle 14 Tage im Paulushaus statt und ist es die Pflicht aller Kollegen zur Stelle zu sein und neue Kollegen mitzubringen.

Duisburg. Mancher Kollege wird sich schon oft gefragt haben wie kommt's, daß, wo doch Essen, Köln und jetzt auch Düsseldorf Sektionen der Lapezierer und Sattler aufweisen, Duisburg immer noch zurücksteht. Es könnte hier schließlich die Meinung aufstauen, daß hier nicht genügend gearbeitet wird, weiter, daß hier keine christlich gefunte Kollegen vorhanden wären. Doch seit Jahren ist Duisburg nie vergessen und insbesondere von der Essener Sektion aus stets bearbeitet worden. Oft haben wir hier schon vor der Gründung gestanden, aber durch das Abreisen der rührigsten Kollegen (größtenteils gezwungen durch Arbeitslosigkeit) ging der Plan immer wieder in die Brüche. Es geht hier auch wie in den schon bestehenden Sektionen, es müssen immer wieder Kollegen von neuem gewonnen werden; christlich organisierte Zutretende sind hier selten. Doch auch das ist zu beachten, daß seit Jahren der Geschäftsgang in unserm Gewerbe hier gewaltig zurück ist. So beschäftigt zum Beispiel eine Firma, die früher bis zu 30 Lapezierer beschäftigte, heute noch 5 Mann, davon sind 3 organisiert. Auch die „freie“ Organisation ist bedeutend zurückgegangen und wird höchstens in Duisburg und Umgegend noch 25 Mitglieder zählen. Dann haben wir noch die Tatsache zu verzeichnen, daß hier in Duisburg und Umgegend noch christlich gefunte Kollegen sind, die eine große, sehr große Gemütsruhe haben. Leute, die trotz der vielen Ohreigen, die das rote Lapeziererorgan in der letzten Zeit ihnen verabreicht, (Anpöhlungen gegen christliche Anschauungen) treue, sogar eifrige Agitatoren des roten Verbandes sind. Man bringt es fertig, Mitglied eines Kirchenchores zu sein und nebenbei — eifriges Mitglied des roten Verbandes. Der frühere Vorsitzende des hiesigen „freien“ Verbandes schrieb mal einen Bericht über die Zahlstelle und darin folgenden Satz: „Hier im dunklen Ruhrrevier wo der Pfaff noch erfolgreich die Seelen der Menschheit vergiftet.“ So etwas lassen sich die Kollegen ruhig gefallen, und wettern noch mit über die christliche Zerplitterung. Aber auch nicht das erste Mal ist es, daß man christlich organisierte durch Arbeitsniederlegung aus der Werkstatt besördern wollte. So trat vorigen Woche wieder ein Kollege von uns in der Werkstatt Schulte in Arbeit, der in Essen durch die Lohnbewegung arbeitslos geworden war. Sollte man es nun noch für möglich halten, daß man hier noch überlegt, diesen Kollegen, der in Essen mit verschiedenen ihrer eigenen Mitglieder wegen der Lohnbewegung brotlos wurde, durch Arbeitsniederlegung wieder heraus zu bugstieren? Das ist der richtige rote Fanatismus! Aber man besann sich doch noch eines Besseren und sagte großmütig: „Da er durch eine Bewegung brotlos wurde, wollen wir ihn arbeiten lassen.“ Welche Gnade! Doch auch hier in Duisburg vergangen wir nicht. Jetzt ist wieder ein kleiner Stamm christlich organisierter Kollegen vorhanden und durch eifrige Arbeit wird und muß es gelingen, auch hier eine Sektion christlicher Lapezierer und Sattler zu errichten. Unsere bis jetzt bestehenden Sektionen haben bewiesen, daß sie die Interessen der Berufs Kollegen gegenüber den Arbeitgebern nach Kräften wahrnehmen, und weiter einen Fort bilden, wo die religiöse und politische Ueberzeugung eines jeden gepachtet wird.

Holzbildhauer.

Wiedenbrück. Zu den Orten, wo die kirchlichen Kunstwerkstätten eine Bedeutung haben, gehört unstreitig auch Wiedenbrück. Zahlreiche Gotteshäuser des Jn- und Auslandes mit ihren herrlichen Altären, Kanzeln, Beichtstühlen, Kreuzwegen usw. legen haredtes Zeugnis von dem Kunstfleiß, von der Leistungsfähigkeit und der Tüchtigkeit der Wiedenbrücker kirchlichen Kunstwerkstätten ab. Wohl suchen Meister und Gehilfen ihr bestes Können einzusetzen für die Kunst, und wir zweifeln nicht daran, daß für die Meister bisher auch der klingende Erfolg ein guter Gewinn werden kann. Für die Bildhauer und Schreinergehilfen blieb jedoch der Erfolg hinter den Erwartungen zurück. Werden doch gerade in Wiedenbrück gegenüber anderen Orten, wo ebenfalls kirchliche Kunstwerkstätten vertreten, noch recht minimale Löhne gezahlt.

Die Schuld lag aber zum größten Teil an der Un-einigkeit der Gehilfenschaft. Schon lange bestand der Wunsch nach Besserung in dieser Hinsicht. Der Anfang ist jetzt gemacht. Auch die Bildhauer haben eingesehen, daß ohne den Zusammenfluß der Ständesangehörigen die wirtschaftlichen Interessen nicht vertreten werden können. Zahlreich waren daher auch

die Bildhauer der Einladung zu einer Versammlung am 20. April gefolgt. Unser Sekretär Kollege Böhm legte den Kollegen im Bildhauerberufe die Bedeutung und Aufgaben der Landesorganisation vor Augen. Besonders für die Bildhauer, die in den kirchlichen Kunstwerkstätten beschäftigt sind, könne nur eine starke, christliche Organisation in Frage kommen, die ohne parteipolitische Zwecke zu verfolgen, auch wirksam die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder vertritt. Durch den Beitritt zum Zentralverband christl. Holzarbeiter werde dieses Ziel erreicht. 15 Beitrittserklärungen war der Erfolg der ersten Zusammenkunft, sodas wir eine eigene Sektion der Bildhauer in Wiedenbrück gründen könnten. Nach Wahl des Vorsitzenden und Schriftführers versprachen die anwesenden Kollegen, mit Nachdruck auf die noch fernstehenden einzuwirken, damit auch für die Bildhauer eine wirksame Interessensvertretung im Zentralverband christl. Holzarbeiter erfolgen kann.

An die Ortsverwaltungen unseres Verbandes, besonders in Rheinland, Westfalen und Süddeutschland, in deren Geschäftsbereich ebenfalls Bildhauer vertreten sind, richten wir das dringende Ersuchen, den Gedanken, die in kirchlichen Kunstwerkstätten beschäftigten Bildhauer für unseren Verband zu gewinnen, jetzt in die Tat umzusetzen. Auch der kommende Verbandstag könnte anregend in dieser Hinsicht wirken, wenn in recht vielen Orten der Gründung von Bildhauersektionen näher getreten würde.

Sterbefall.

Wilk. Dölgen, Augsburg.
Ruhe in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Der Kampf im Baugewerbe nimmt seinen Fortgang. Mit ihm die Preßdebatten über die Frage, wer ihn heraufbeschworen und ob die Differenzen die Maßnahme der Aussperrung seitens der Arbeitgeber rechtfertigen. Anerkannt muß werden, das die Debatten durchweg von strenger Sachlichkeit zeugen. Das deutet nach den bisherigen Erfahrungen, wenn nicht alles trägt, auf eine doch wohl längere Dauer der Aussperrung hin. Zahlreiche ausgesperrte Bauarbeiter, die aus landlichen Gegenden kommen, sind in ihre Heimat abgereist; andere haben in der Industrie oder bei Bauunternehmern die nicht ausgesperrten Arbeit gefunden. Doch ist die Zahl der von den Verbänden zu unterstützenden Mitglieder immer noch bedeutend — Die beteiligten Arbeiterverbände haben durch ihre Beschlüsse eine Denkschrift herausgegeben, die sich mit den Ursachen des Kampfes und der Bewegung bis zur Aussperrung befaßt.

Zwischen sind auch die Hintermänner der Bauunternehmer in Berlin versammelt gewesen und haben zur Aussperrung Stellung genommen. Der aus 51 Verbänden und fast 900 Unterverbänden und 1 600 000 beschäftigten Arbeitern bestehende Verein deutscher Arbeitgeberverbände in Berlin hat in seiner Ausschussung vom 19. April d. J. die aus allen Teilen Deutschlands und durch Vertreter fast aller Industrien und Gewerbe zahlreich besucht war, zur Unterstützung des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Mitgliedsverbände sind ersucht, mit aller Sorgfalt darauf zu achten, das keine Bauarbeiter eingestellt werden. Die Entlassungsbefehle sollen bis Anfang April verlangt werden, um festzustellen, ob die sich entlassenden Arbeiter sich nicht in irgendwelchen Abteilungen von nicht baugewerblichen Betrieben durch eine vorübergehende Beschäftigung beschäftigt haben.
2. Die Mitglieder sind dringend zu ersuchen, den Bauunternehmern keinen Rat zu gewähren und die Festhaltung der Bauten um diejenige Zeit zu verlängern, welche der Kampf im Baugewerbe dauert.
3. Die Mitgliedsfirmen, die Bauarbeiten in eigener Regie ausführen, sollen die Arbeit nach Möglichkeit gänzlich einstellen oder nur dann zur Ausführung bringen, wenn es sich um dringende notwendige Reparaturarbeiten handelt.
4. Zur materiellen Unterstützung der baugewerblichen Orts- und Bezirksverbände wird beschloffen, einen Unterstützungsfonds zu schaffen. Der Aufsicht beschloffen die Mitgliedsfirmen unter Mitwirkung der betreffenden Bezirks- und Ortsverbände dringend zu bitten, zu diesem Fonds 1 M. pro 1000 M. der 1909 gezahlten Jahresbeiträge beizubehalten. Zahlungen sollen gesammelt werden an die zuständigen Bezirks- und Ortsverbände, welche die eingehenden Gelder unverzüglich an die Deutsche Bank, Depositenkassa C., Berlin W 9, Postkassensache 134 a unter dem Konto: Unterstützungsfonds für das

Baugewerbe weiterzuleiten haben. 5. Es soll an alle außerhalb der beiden Arbeitgeber-Zentralorganisationen stehenden Industrie- und Arbeitgeberverbände ebenfalls ein Aufruf gerichtet werden das Baugewerbe in seinem Kampfe in der unter 1 bis 3 genannten Weise im allgemeinen Arbeitgeberinteresse zu unterstützen und auch gleicherweise sich an der finanziellen Hilfsaktion zu beteiligen.

Gleichzeitig wurde folgende Resolution angenommen:

Der heute in Berlin tagende Ausschuss des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände spricht seine Befriedigung darüber aus, das dem Aussperrungsbeschluss im deutschen Baugewerbe mit wenigen Ausnahmen Folge geleistet worden ist. Um so mehr bedauert er, das einzelne Verbände sich noch nicht dazu haben entschließen können, Schulter an Schulter mit den übrigen baugewerblichen Verbänden zu kämpfen. Der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände spricht die Erwartung aus, das diejenigen Orte, welche bisher mit der Aussperrung noch zurückgehalten haben, unverzüglich und rückhaltlos sich auf die Seite der kämpfenden Kollegen stellen und das alle am Kampf im Baugewerbe beteiligten Arbeitgeber nicht müde werden, den Kampf so lange durchzuführen, bis er zu einem vollen Siege der Arbeitgeber geführt hat.

Wenn die Herren glauben mit solchen Beschlüssen und Resolutionen der Arbeiterschaft den Mut nehmen zu können gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen anzugehen, so sind sie auf dem Holzwege. Die tatkräftige Unterstützung die sie den Bauunternehmern zuführen, wird in der Gesamtarbeiterschaft höchstens ein Echo zugunsten der Bauarbeiter finden. Bereit sind die Sammlungen eingeleitet und wird die Arbeiterschaft aufs neue Proben ihres Opfertums liefern.

Eine Ausdehnung im Sauerlande zum Niesenkampf im Baugewerbe. Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter hatte für Samstag, den 23. und Sonntag, den 24. April, in Hülten, Arnberg, Neheim und Freienohl große öffentliche Volksversammlungen einberufen, in welchen die Bezirksleiter Häuschen vom christlichen Bauarbeiterverband und Schick von unserem Verbande über die Ursachen des Niesenkampfes im Baugewerbe referierten. Von den Rednern wurden ausführlich die Streitfragen behandelt, welche der Arbeitgeberbund zum Anlaß der großen Bauarbeiteraussperrung genommen hat. Ueberall fand das Verhalten des Bauarbeiterbundes die schärfste Mißbilligung, insbesondere wurde es verurteilt, das gerade im Sauerlande, wo die Arbeitgeber im allgemeinen wenig Lust zur Aussperrung gezeigt hätten, man seitens der Bundesleitung sie aber einfach gezwungen habe. Die Forderungen des Arbeitgeberbundes wurden als einfache Entzuehungen jeglichen Arbeiterrechtes angesehen und deshalb verurteilt. Die Durchführung der jetzigen Aussperrung hat aber auch den übrigen Arbeitern des Sauerlandes die Augen geöffnet. Das zeigte sich insbesondere dadurch, das überall Stimmen der Holzarbeiter, Metallarbeiter usw. laut wurden, welche folgendes kundgaben: „Wir sind uns lange genug uneinig gewesen, wir haben lange genug Gleichgültigkeit an den Tag gelegt, jetzt soll und muß das anders werden. Wir dürfen uns unser Arbeiterrecht nicht rauben lassen“; denn etwas anderes beweist das Vorgehen des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe nicht. „Deshalb wollen und müssen auch wir, die wir bisher abseits standen, uns organisieren.“ So zeigte es sich in diesen Versammlungen, das das Vorgehen des Bauarbeiterbundes zwar „das Böse will, aber das Gute schafft“. Geradezu imponant war die Beschlusfassung in Freienohl. Hier waren es insbesondere die Holzarbeiter, welche stürmisch wünschten, organisiert zu sein, damit sie hinter den Bauarbeitern nicht zurückstünden. Auf Wunsch der Kollegen des Holzgewerbes fanden nun am kommenden Sonntag, den 1. Mai, besondere Holzarbeiterversammlungen statt und zwar vormittags in Hülten bei Larne und nachmittags 4 Uhr in Freienohl im Vereinshaus. Kollegen von Neheim, Hülten, Arnberg und Freienohl, zeigt nun, das es Euch ernst ist mit der Vertretung Eurer Interessen und erscheint Mann für Mann in den für Euch einberufenen Versammlungen.

Gewerkschaftliche Generalversammlungen finden seitens christlicher Berufsverbände in diesem Jahre eine Anzahl statt. Die Metallarbeiter tagen in Duisburg, die Keramarbeiter in Köln, die Stein- und Gemeindegewerbetätigen in München, die Buchbinder in Breslau.

Die alte Praxis! Obwohl es kein Arbeiterversicherungs-gesetz gibt, das durch die Mitgliedschaft der Sozialdemokratie zu hande kam, haben die „Genossen“ es trotzdem immer verstanden, Einrichtungen der geschaffenen Gesetzgebung für sich in Beschlag zu nehmen. Man denke nur an unsere Krankenversicherung und die tausende sozial. Parteigänger, die hier

ein Unterkommen haben. So geht's auch jetzt wieder mit den Sicherheitsmännern im Bergbau. Der alte (sozial) Bergarbeiterverband, der die vom Landtage nach den Wünschen des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter beschlossene Form der Sicherheitsmänner bekämpfte — er wollte freigestellte Sicherheitsmänner im Hauptberuf —, hat trotzdem die Beteiligung an den Wahlen beschlossen.

Aus dem gewerblichen Leben.

Ueber die Holzindustrie, ihre Entwicklung, Art und Bedeutung hielt unlängst in der Aula der Berliner Handelshochschule der bekannte Holzindustrielle Franz Bendig einen interessanten Vortrag. Nach den Ausführungen bildet die Holzbearbeitung die älteste Industrie der Welt. In der Tischlerwerkstatt findet sie ihren Ausgangspunkt. Und heute noch steht das Tischlerhandwerk auf gesundem Boden, wenn gleich der Handwerker viele Artikel, die er sich nicht besser und billiger selbst herstellen kann, von Fabriken beziehen muß. Die Leistungsfähigkeit der maschinellen Holzbearbeitung erklärt sich teilweise daraus, das für kaum eine Industrie die Dampfkraft so gut geeignet ist wie für die Holzindustrie. Der riesenhafte Baubetrieb der Städte stellt an sie veranlagte Anforderungen, das sie sich mit außerordentlich leistungsfähigen Maschinen versehen müsse. Der Vortragende erläuterte, wodurch die Umwandlung des Handbetriebes in Maschinenarbeit alle Werkzeuge des Tischlers andere Formen annahm, in großen Anforderungen zu genügen. Die moderne Schneidmühle, die an die Stelle der alten Wassermühle trat, schneidet z. B. mit zehn Sägen gleichzeitig den Baumstamm zu Brettern. Schon 1895 zählte man in Deutschland 10 699 Sägemerl. Aus der einfachen Säge des Tischlers wurde eine Kreissäge, die neben der Wand- und Laubsäge zu enormen Leistungen fähig ist. Aus dem einfachen Hobel wurde eine Hobelmaschine, die die Holzleiste an ihren vier Seiten gleichzeitig bearbeitet. Ebenso tüchtig ist die Reilmaschine. In neuester Zeit hat sich noch ein Werkzeug als außerordentlich nützlich für den Maschinenbetrieb erwiesen, die sogenannte Kette, die vermocht ihrer mit scharfen Reißern versehenen Glieder kastenförmige Löcher aus dem Holz herausstemmt, so z. B. bei Fenstertüren die vier nötigen Stemmloch gleichzeitig herstellt. Eine Reihe von Schemabildern zeigte der Vortragende neben den erwähnten Maschinen noch die Bandsäge, die Dekupiersäge, die Abreißmaschine, die Zapfenschneidemaschine, die Reisschnitzmaschine, die Sandpapiermaschine, die Drechselsäge, die circa 600 Treppengeländerfüßen täglich fertigt, die Schälmaschine, die zur Streichholzfabrikation dienlich die Furniermessermaschine u. a. Zuletzt machte der Vortragende einige statistische Mitteilungen, die zeigten, das Deutschland seinen Holzbedarf bei weitem nicht aus eigenen Mitteln decken kann, sondern Holz von Rußland, Schweden, Norwegen und Amerika beziehen muß, dessen Einfuhr seit 1880 um das Vierfache gestiegen ist. Welchen Aufschwung aber die Holzindustrie in Deutschland genommen, geht daraus hervor, das die Zahl der in der Holzindustrie beschäftigten Personen seit 1882 um 50 v. H. gestiegen ist.

Die Aktiengesellschaft Brüning u. Sohn, Zigarrenfabrik in Langendiebach bei Hanau, erzielte pro 1909 einen Ueberschuß von 364 786 M. (i. H. 294 964 M.).

Adressenveränderungen.

- Widernach. V. Emil Stadler, Wallgasse 11.
- Delmenhorst. R. Willy Piel, Kulpenstraße 52 L.
- Mühlhausen (Graf) V. Jean B. Frisch, Raasdigallenburdweg 1.
- Binden. V. R. Jos. Elsäffer, Goldereggen Post Bindau.
- Haar (Hb). V. Jos. Rabach, Feldstr. 19.

Soeben erschienen im Volksvereins-Verlag G.m.b.H. M. Gladbach

Antworten auf sozialdemokrat. Schlagwörter

Zweites Heft Reichsfinanzfrage 1909
gr. 8°. 68 Seiten. Preis 25 Pf., postfrei 35 Pf.

Früher erschien:

Antworten auf sozialdemokrat. Schlagwörter

Erstes Heft. 18.—25. Tausend. gr. 8°. 88 S.
::: Preis 25 Pf., postfrei 35 Pf. :::

Inhalt: I. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung. II. Wahlrecht und Koalitionsfreiheit. III. Zölle, Steuern, Heer, Flotte. IV. Sozialdemokratie und Religion.

Alle an dieser Stelle angekündigten Bücher liegen auch die Buchhandlung der christl. Gewerkschaften, C. Palmstraße 14.

Mitteldeutsche Tischler-Zahlschule
Cöthen in Sachsen.
Gibt die Besondere der Branche u. Spezialarbeiten (Werkzeugführung) und Selbstarbeiten.
Programme frei durch die Direktion.

B. Kolscher's
Fachschule Detmold
für Tischler u. für gewerbliche Zeichner
Esterstraße, Ecke Grabenstraße.
In 3 Monaten Ausbildung zum Werkführer und Techniker. In 6 Monaten Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter.
Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschlussprüfungen. Eintritt jederzeit.
Anmeldung durch die Direktion.
B. Kolscher.

Tischler-Fachschule
Blauenburg a. Saale
gehobene Ausbildung als Werkführer, Betriebsleiter und Zeichner. Programm frei.
Direktor Reinhold.
Zum Selbstunterricht empfehle: Die „Tischler für Tischler“, 190 Seiten Text, gebunden Mk. 5. In bezug von Direktor Reinhold, Blauenburg a. Saale.

Tischler-Fachschule Detmold
gegründet 1893. Stadt-Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Gross-Hör- u. Zeichen-Stille. :: Werkstätten.
:: Programme frei. ::
Direktor Brecht.

Eingelegte Fourniere
für Häufige, Schattellen, Säulungen.
Hauptbogens gegen 20 Hg. in Briefmarken.
Zapfen- u. Ankerleimungschriften.
Einfach, Mittel, Manufaktur, Heidelberg.
Theaterstraße 7.

Süddeutsche
Schreiner-Fachschule
Münchberg.
Erschlossene Lehranstalt.
Kirchenweg 11. Nr. C. Naiborn

Zahlsstelle Spaichingen.
Mehrere tüchtige
Möbelschreiner
auf furnierte Schlasszimmer gefertigt.
Nähere Auskunft erteilt die Ortsverwaltung.

Tischler
findet angenehme dauernde Stellung und wechselungsreiche Arbeit auf bessere Möbel-Familienanschluss.
Rabberger Kunsttischlerei J. Schoppenhauer
Rabbergen i. M.
Erfahrene Möbelschreiner
auf furnierte Arbeit gesucht.
Werkstätten Bernard Stadler, Paderborn.